



Foto: ap4/Hans Klaus Techt

# Der Fachkräftemangel ist ein Schulthema

Zum Gastkommentar von August Wöginger vom 18. Februar 2020 in der „Wiener Zeitung“, Seite 13.

## Gastkommentar

von Ernst Smole

Sehr wenig beachtet werden die Zusammenhänge zwischen der Qualität der Pflichtschulbildung und der Frage des Fachkräftenachwuchses. Eine aktuelle Untersuchung der WKO/Wien brachte zutage, dass in Wien laut Auskunft der lehrlingssuchenden Betriebe 66 Prozent der Bewerber abgewiesen werden müssen, weil sie das Lesen, Schreiben und Rechnen nicht am nötigen Niveau beherrschen. Diese Defizite betreffen zu einem erheblichen Prozentsatz auch autochthone Österreicher.

Sowohl das AMS und die Bildungswissenschaften als auch die Betriebe halten fest, dass jene, die in den neun Pflichtschuljahren bei der Aneignung des Lesens, Schreibens und Rechnens versagt haben, meist auch nicht gelernt haben, zu „arbeiten“, also durchaus durch Anstrengung konsequent ein Ziel zu verfolgen und dieses auch zu erreichen – Stichwort „positive Arbeitshaltung“. Zudem schließt sich in der Pubertät das „Lernfenster“ für die Aneignung der genannten Grundkompetenzen. Das heißt, dass de-

ren spätere Aneignung ein Vielfaches an Aufwand und Anstrengung bedeutet, die nur eine Minderheit der Betroffenen aufzubringen bereit ist.

Aus diesen Gründen ist die „Bildungspflicht bis 18“ mit Skepsis zu betrachten. Sie sollte nur so lange praktiziert werden, bis Österreichs Bildungssystem es wieder schafft, allen zumindest durchschnittlich Begabten das Lesen, Schreiben und Rechnen auf alltags- und berufstauglichem Niveau beizubringen. Geldmangel ist nicht der Grund für die derzeitige Misere, denn Österreich wendet innerhalb der EU pro Schülerkopf (nach Luxemburg) den höchsten Betrag auf!

### Hauptgründe für Versagen

Drei Hauptgründe für dieses Teilversagen der Schule lassen sich identifizieren. Die Lehrpersonen werden im Lehramtsstudium nicht ausreichend mit Blick auf die tatsächlichen Erfordernisse im Unterricht von heute vorbereitet – steigende Unterschiedlichkeit, Disziplinaspekte, starke Ausweitung der Aufgaben der Schule. Ein archaischer, aus den 1780er Jahren (!) stammender Schulverwaltungs- und Gestaltungsföderalismus – im internationalen Ver-

gleich ist er strukturell und kostenmäßig (!) für ein Land mit 66 Millionen Einwohnern dimensioniert – verhindert, dass die investierten Finanzmittel tatsächlich in den Klassen ankommen und dass

*Die zunehmende Komplexität von Problemlagen verlangt mit Macht nach dem gemeinsamen Denken und Handeln bislang streng getrennter ministerieller Ressorts – Bildung & Wirtschaft, aber auch Föderalismus, Arbeit, Soziales, Sport!*

die individuellen Stärken der Lehrpersonen ihre volle Wirkung zum Nutzen der Schüler entfalten. Und nicht zuletzt schenken zu viele Erziehungsberechtigte den seit Jahrzehnten wiederholten Be-

teuerungen von großen Teilen der Politik Glauben, dass sich die Eltern nicht um den Schulerfolg ihrer Kinder kümmern müssten, da „dies alles der Staat macht“.

### Unterstützung der Eltern

Untersuchungen aus Deutschland zeigen, dass auch in den immer wieder als Allheilmittel angepriesenen Ganztagschulen nur jene Schüler keine schulische Heimarbeit praktizieren, die nur das absolute Leistungsminimum anstreben. Wer überdurchschnittliche schulische Leistungen erbringen will, braucht so gut wie immer auch die Unterstützung der Eltern – in welcher Weise auch immer.

Dass aber die Wegstrecke, die Schüler heute zu Fuß zurücklegen, in eineinhalb Jahrzehnten mit teils dramatischen Folgen für die Gesundheit um bis zu 90 Prozent geschrumpft ist, kann man mitnichten der Schule oder der Politik anlasten – hier sind so gut wie ausschließlich die Erziehungsberechtigten in der Pflicht!

Das Nachdenken und das bildungs- und wirtschaftspolitische Handeln in Hinblick auf den Fachkräftemangel – immerhin geht es bei dieser Frage um die wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Prosperität Öster-

reichs – muss daher ganz gezielt allerspätestens im Volksschulalter ansetzen. Die Wirtschaft „erdet“ das Thema Bildung insofern auf eine sehr positive und werthaltige Weise, da sie völlig zu Recht Bildung im Kontext mit Erwerbsarbeit sieht. Diese wird auch in Hinblick die Lebensumstände von Millionen bestimmen. In diesem Sinne muss möglichst ab sofort die Bildungspolitik die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik die Bildung mitdenken – und dies ohne Vorbehalte, Reviergeplänkel und interministerielle „Zuständigkeits-Egoismen“. ■

### Zum Autor



**Ernst Smole** koordiniert die Arbeit eines informellen Teams am FÖDERAL-BILDUNGS & VERWIRKLICHUNGSPLAN FÜR ÖSTERREICH.

Foto: Grafebner

## ÖGK-Milliardendefizit nicht auf Patienten abwälzen



### Parlament

von Pamela Rendi-Wagner

Die Autorin ist Klubobfrau der SPÖ.

Jeden Dienstag lesen Sie an dieser Stelle den Kommentar eines Vertreters einer Parlamentspartei.

Schwarz-Blau hat den Menschen 2018 eine „Jahrhundert-Reform“ bei der Krankenkasse versprochen. Geworden ist es eine „Reform der gebrochenen Versprechen“. Den Patienten drohen jetzt Selbstbehalte, höhere Beiträge und Leistungskürzungen.

Versprochen hat Sebastian Kurz gleiche Gesundheitsleistungen für alle Versicherten. Daraus wurde nichts. Es gibt noch immer drei große Versicherten-Gruppen mit großen Unterschieden bei Leistungen, bei Selbsthalten und Zuschüssen. Österreich ist weit entfernt von einer gleichen Gesundheitsversorgung für alle.

Versprochen hat Kurz eine neue schlanke Struktur in der Sozialversicherung. Daraus wurde nichts. Man verlagerte die Macht- und Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Versicherung der Arbeitnehmer hin zu den Unternehmensvertretern. Und zu den unterschiedlichen Kassen

gibt es jetzt noch eine zusätzliche Verwaltungsebene. Es gibt etliche Leitungsstellen für politische Funktionäre und viele Millionen wurden für Werbung, PR und neue Logos ausgegeben. Versprochen hat Kurz eine Milliarde mehr für die Patienten. Daraus wurde nichts. Jetzt steht die gerade einmal 50 Tage alte Gesundheitskasse mit Schulden von 1,7 Milliarden Euro bis 2024 da und muss ein Sparpaket schnüren. Dieses Milliardenloch, das sich da auftut, ist auch keine Spekulation oder Schwarzmalerei vonseiten der Opposition oder Medien. Die Finanzvorschau basiert auf Erlässen des Gesundheitsministeriums, nach denen die Gebahrung jährlich erstellt wird. Und es droht, wovor die SPÖ

*Österreich ist weit entfernt von einer gleichen Gesundheitsversorgung für alle.*

immer gewarnt hat, dass die von Kurz versprochene Patientenmilliarde jetzt von den Patienten selbst bezahlt werden muss, entweder in Form höherer Beiträge, gekürzter Leistungen oder Selbsthalten. Zu Selbsthalten steht im schwarz-grünen Regierungsprogramm nur, dass ein Ausbau von Selbsthalten bei Arztbesuchen ausgeschlossen wird. Nicht ausgeschlossen werden

Selbstbehalte in anderen Bereichen, etwa bei Heilbehelfen, Krankentransporten oder höheren Rezeptgebühren sowie einer Ambulanzgebühr. Zudem ist der Dachverband gesetzlich verpflichtet, jährlich zu evaluieren, ob aufgrund der „wirtschaftlichen Verhältnisse“ Selbstbehalte eingeführt oder ausgebaut

werden müssen. Das heißt, es gibt eine gesetzliche Grundlage, die Selbstbehalte in Aussicht stellt, und ein Regierungsprogramm, das sie nicht ausschließt. Damit ist die Wahrscheinlichkeit von Selbsthalten sehr hoch, denn irgendwoher muss das Geld ja kommen. Selbstbehalte treffen uns alle. Besonders bitter ist das für chronisch kranke Menschen. Ein Beispiel: Es gibt in Österreich rund 600.000 Diabetespatienten, die regelmäßig ihren Blutzucker mit Blutzuckerstreifen messen müssen. Diese Streifen gelten als Heilbehelf und werden bezahlt. Ein Selbstbehalt dafür wäre eine lebenslange zusätzliche finanzielle Belastung. Die SPÖ wird daher in der nächsten Nationalratssitzung Anträge stellen: Einen, der die Einführung von Selbsthalten verhindern kann, und einen Antrag auf Leistungsharmonisierung. Jetzt ist das Parlament am Zug.